

Die neue Regierung hat sich nun eine neue Maßnahme ausgedacht um Schüler*innen das Leben schwer zu machen. Künftig sollen ab dem 4. gefehlten Tag während der gesamten neunjährigen Schulpflicht (also darf man nur 3 Tage in 9 Jahren unentschuldigt fehlen) Geldstrafen verhängt werden. Konkret bedeutet das, dass man nach dem 3. Mal fehlen (hier bei zählen nur volle Tage) eine Verwaltungsstrafe (bzw. die Eltern) im Ausmaß von bis zu 440 € verrichten muss. Neu ist hierbei auch, dass es eine Mindesthöhe der Strafe von 110 € gibt. Zwar heißt es in einer Erläuterung des Bildungsministeriums zu den neuen Regelungen, dass diese „nicht primär Sanktionscharakter haben, sondern in erster Linie präventive Wirkung zeigen sollten“, doch wie das in der Praxis aussehen wird, ist noch nicht geklärt. Klar ist, dass eine Mindeststrafe für Schwänzen von 110 € unverhältnismäßig hoch ist und Schüler*innen in schwierigen Lebenslagen weiter das Leben erschweren wird.

Die neue Maßnahme der Regierung ist ähnlich wie viele andere ihrer Maßnahmen, es geht darum mit verschärften Strafe „Verbesserungen“ durchsetzen zu wollen, anstatt Maßnahmen zu setzen, die es möglich machen das Problem von einer sinnvollen Seite anzugehen. Statt harte Strafen für das Schwänzen braucht es neue Investitionen in bessere und moderne Lernmethoden, Unterrichtsmittel und Lehrkräfte, sowie den Ausbau von psychologischen Beratungsstellen um Schüler*innen auch in Krisenzeiten angemessen unterstützen zu können. Unser Schulsystem hat mehr Geld bitter nötig. Wenn wir in eine gute und moderne Schule gehen, und ein Umfeld haben wo wir gerne lernen und entsprechend unterstützt werden, besteht auch viel weniger Anlass zum Schwänzen. Anstatt sich zu überlegen, dass unentschuldigtes Fehlen für viele Schüler*innen, die von Mobbing, Leistungsdruck und einer schwierigen familiären Situation betroffen sind, notwendig ist um mit dem Leben klar zu kommen, wird einfach eine Mindeststrafe in der Höhe von 110 € für den 4. gefehlten Tag in neun Jahren – die Verrücktheit dieser Zahlen muss man sich mal durch den Kopf gehen lassen! - verhängt.

Darüber hinaus ist auch klar, dass diese Maßnahme – wie so viele der schwarz-blauen Regierung – stärker ärmere Familien treffen wird. Für wohlhabendere Familien ist es kein großes Problem vielleicht einmal mehrere hundert Euro zu zahlen, doch für ärmere Familien ist das schon mal ein empfindlicher Einschnitt. Es wird auch dazu führen, dass familiäre Auseinandersetzungen tendenziell zunehmen werden, wenn Eltern nun für das Schwänzen ihrer Kinder auch noch Geld zahlen müssen. Gerade für Schüler*innen die ohnehin schon überfordert sind mit der Schulsituation und nicht mit ihren Eltern darüber sprechen wollen oder können, ist das dann nochmals eine riesige Belastung. Zusammenfassend kann man sagen, dass es sich bei dieser neuen Regelung um eine harte Maßnahme handelt, die nicht die wirklichen Probleme angreift, das Leben für Schüler*innen in schwierigen Situationen (Mobbing, Leistungsdruck, etc.) noch einmal mehr verschärft und schließlich auch noch Familien mit geringerem Einkommen stärker trifft. Klar ist also, dass diese Regelung durch und durch rückschrittlich ist und abgelehnt werden muss!

Die neue Regierung hat sich nun eine neue Maßnahme ausgedacht um Schüler*innen das Leben schwer zu machen. Künftig sollen ab dem 4. gefehlten Tag während der gesamten neunjährigen Schulpflicht (also darf man nur 3 Tage in 9 Jahren unentschuldigt fehlen) Geldstrafen verhängt werden. Konkret bedeutet das, dass man nach dem 3. Mal fehlen (hier bei zählen nur volle Tage) eine Verwaltungsstrafe (bzw. die Eltern) im Ausmaß von bis zu 440 € verrichten muss. Neu ist hierbei auch, dass es eine Mindesthöhe der Strafe von 110 € gibt. Zwar heißt es in einer Erläuterung des Bildungsministeriums zu den neuen Regelungen, dass diese „nicht primär Sanktionscharakter haben, sondern in erster Linie präventive Wirkung zeigen sollten“, doch wie das in der Praxis aussehen wird, ist noch nicht geklärt. Klar ist, dass eine Mindeststrafe für Schwänzen von 110 € unverhältnismäßig hoch ist und Schüler*innen in schwierigen Lebenslagen weiter das Leben erschweren wird.

Die neue Maßnahme der Regierung ist ähnlich wie viele andere ihrer Maßnahmen, es geht darum mit verschärften Strafe „Verbesserungen“ durchsetzen zu wollen, anstatt Maßnahmen zu setzen, die es möglich machen das Problem von einer sinnvollen Seite anzugehen. Statt harte Strafen für das Schwänzen braucht es neue Investitionen in bessere und moderne Lernmethoden, Unterrichtsmittel und Lehrkräfte, sowie den Ausbau von psychologischen Beratungsstellen um Schüler*innen auch in Krisenzeiten angemessen unterstützen zu können. Unser Schulsystem hat mehr Geld bitter nötig. Wenn wir in eine gute und moderne Schule gehen, und ein Umfeld haben wo wir gerne lernen und entsprechend unterstützt werden, besteht auch viel weniger Anlass zum Schwänzen. Anstatt sich zu überlegen, dass unentschuldigtes Fehlen für viele Schüler*innen, die von Mobbing, Leistungsdruck und einer schwierigen familiären Situation betroffen sind, notwendig ist um mit dem Leben klar zu kommen, wird einfach eine Mindeststrafe in der Höhe von 110 € für den 4. gefehlten Tag in neun Jahren – die Verrücktheit dieser Zahlen muss man sich mal durch den Kopf gehen lassen!
- verhängt.

Darüber hinaus ist auch klar, dass diese Maßnahme – wie so viele der schwarz-blauen Regierung – stärker ärmere Familien treffen wird. Für wohlhabendere Familien ist es kein großes Problem vielleicht einmal mehrere hundert Euro zu zahlen, doch für ärmere Familien ist das schon mal ein empfindlicher Einschnitt. Es wird auch dazu führen, dass familiäre Auseinandersetzungen tendenziell zunehmen werden, wenn Eltern nun für das Schwänzen ihrer Kinder auch noch Geld zahlen müssen. Gerade für Schüler*innen die ohnehin schon überfordert sind mit der Schulsituation und nicht mit ihren Eltern darüber sprechen wollen oder können, ist das dann nochmals eine riesige Belastung. Zusammenfassend kann man sagen, dass es sich bei dieser neuen Regelung um eine harte Maßnahme handelt, die nicht die wirklichen Probleme angreift, das Leben für Schüler*innen in schwierigen Situationen (Mobbing, Leistungsdruck, etc.) noch einmal mehr verschärft und schließlich auch noch Familien mit geringerem Einkommen stärker trifft. Klar ist also, dass diese Regelung durch und durch rückschrittlich ist und abgelehnt werden muss!